

Bund will Sprachengesetz ändern

FRANÇAIS Erst letzten Frühling hatte das Schaffhauser Parlament entschieden: Das Frühfranzösisch soll weg. In einer Motion hatte Kantonsrat Markus Fehr (SVP) die Sinnhaftigkeit der Fremdsprache ab der fünften Klasse infrage gestellt und deshalb gefordert, Französisch oder wahlweise Englisch erst ab der Oberstufe zu unterrichten. Der Vorstoss wurde deutlich angenommen. Damit setzte sich ein Trend aus anderen Kantonen fort: Schon das Zürcher Kantonsparlament stimmte für die Abschaffung, auch in Appenzell-Ausserrhoden, St. Gallen und weiteren Kantonen wurden ähnliche Bemühungen gestartet. Auch dort wurde diskutiert, welche Konsequenzen eine Abschaffung des Frühfranzösischs in Eigenregie der Kantone hätte – und wie der Bundesrat darauf reagieren würde. Letzteres ist seit einigen Tagen klar: An seiner Sitzung vom letz-

ten Freitag hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Änderung des Sprachengesetzes eröffnet, welche den Unterricht einer zweiten Fremdsprache vorschreiben will. Die aktuelle Diskussion «stellt die Mehrsprachigkeit unseres Landes infrage», betonte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider gegenüber den Medien.

Mit den Plänen gegen das Frühfranzösisch würden sich die Kantone gegen die 2004 beschlossene Sprachenstrategie stellen, so der Bund. Er hat zwei Varianten für ein weiteres Vorgehen präsentiert: Entweder werden zwei Fremdsprachen auf Primarstufe obligatorisch, eine zweite Landessprache und Englisch. Oder aber, man soll mindestens eine zweite Landessprache ab der Primarstufe unterrichten.

Auf die Gesetzesänderung angesprochen, sagt SVP-Kantonsrat Markus Fehr gegenüber der AZ:

«Frau Baume-Schneider macht aus einer pädagogischen Sache eine staatspolitische. Und das auf dem Buckel der überforderten Primarschüler.» Die Schweiz habe auch vor der Einführung des Frühfranzösisch bestens funktioniert.

Indessen hatte bereits Erziehungsdirektor Patrick Strasser in seiner Stellungnahme zur Motion Fehrs darauf hingewiesen, dass der Bundesrat diesen Schritt plane. «Ich habe deshalb damals schon klargestellt, dass der Kanton keine Anpassungen des Lehrplans in Eigenregie vornehmen wird, da ein solches Vorgehen die Ressourcen des Kantons Schaffhausen massiv überfordern würde», sagt er auf Anfrage. Stattdessen sollten Lösungen gemeinsam mit der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK entwickelt werden, so Strasser.

Die Vernehmlassung läuft noch bis Oktober 2026. **fan.**

Ja zu Park und Alterszentrum

NEUHAUSEN Die Geschichte der Rheinfallgemeinde, über deren Wesen Sie ab Seite 3 mehr erfahren haben, ist um eine Burgunwiese-Abstimmung reicher. Und es wird nicht die letzte gewesen sein.

Das Pflegezentrum darf nun auf der Burgunwiese geplant werden, was einen Entscheid von 2022 rückgängig macht. Die Bevölkerung sagte zugleich Ja zu einem Stadtpark – allerdings wird dieser nicht das ganze Areal einnehmen, sondern muss es mit dem geplanten Alterszentrum teilen.

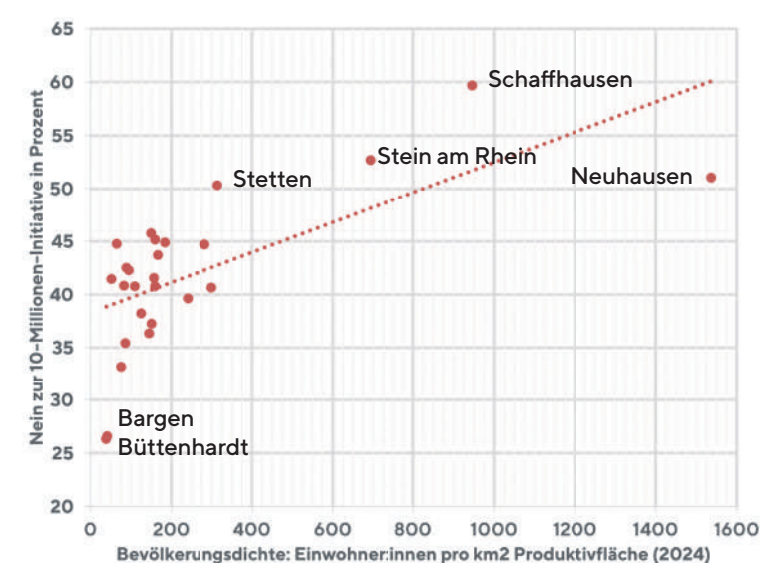
Wie die SN am Mittwoch aufzeigte, braucht es noch mindestens zwei weitere Abstimmungen, nämlich für die Finanzierung des Parks und die Baurechtsabgabe für das Pflegezentrum. Beide Abstimmungen werden voraussichtlich im November dieses Jahres stattfinden. **mg.**

Schaffhausen lehnt SVP-Initiative ab

UNDICHT Während die Gesamtschweiz die 10-Millionen-Initiative der SVP relativ deutlich abgelehnte, wurde es im Kanton Schaffhausen sehr knapp. 50,8 Prozent der Abstimmenden sagten Nein. Alle Gemeinden ausser Schaffhausen, Neuhausen, Stein am Rhein und Stetten stimmten mehrheitlich Ja.

Interessant ist der Vergleich zwischen Bevölkerungsdichte und Nein-Anteil: Wäre das Erleben von «Dichtestress» ein Faktor, der Stimmbürger:innen zu einem Ja bewegt, müssten sie in dicht besiedelten Gebieten eher Ja stimmen.

Das Gegenteil ist aber der Fall: Je dichter besiedelt eine Gemeinde ist, desto höher ist der Anteil Nein-Stimmen, wie die Grafik zeigt. Die Korrelation ist zwar nicht besonders stark (für Nerds:



der R-Wert ist 0.65) – aber etwas fällt auf: Die vier Gemeinden mit der höchsten Dichte sind genau diejenigen, die Nein stimmten. Und die beiden Gemeinden mit

der höchsten Zustimmung sind die am wenigsten dicht besiedelten des Kantons: Beggingen mit 24,4 und Barmen mit 24,6 Prozent Nein-Stimmen. **mg.**

Abstimmungen in Stadt und Kanton

AUSGEBADET Die Stadtschaffhauser Linke musste ihre Abstimmungsfreude auf nationaler Ebene suchen (siehe Text links), denn in der Stadt erlitt sie mit beiden Initiativen Schiffbruch. Die «Altstadtinitiative», welche den Verkauf von weiteren städtischen Liegenschaften verhindern sollte, erreichte 46,3 Prozent, die Initiative «Chind id Badi» nur 36,9 Prozent. Sie hatte allerdings den Gegenvorschlag provoziert, der Saisonabos vergünstigt und nun automatisch in Kraft tritt.

Das neue Hallensportzentrum im Schweizersbild wurde sowohl in der Stadt (72,3 Prozent) als auch auf kantonaler Ebene (73,9 Prozent) klar angenommen, ebenso die kantonale Vorlage für grössere finanzrechtliche Befugnisse (66,8 Prozent). **mg.**